

Preisträger 2012 – Kategorie  
„Umweltengagement“

**BERLINER  
UMWELTPREIS  
DES BUND**



<https://aktionsbueundnis-lichterfelde-sued.de/>

Berlin, den 10.04.2018

## Liebe Anwohnerinnen und Anwohner in Lichterfelde!

Wie Sie sicher wissen, sind in Lichterfelde Süd südlich der Réamurstraße 2.500 Wohnungen für ca. 7.000 Menschen in einer neuen Vorstadt geplant, die **größer** als die bereits **angrenzende Thermometersiedlung werden soll**.

Wir halten diese neue Trabantenstadt für erheblich überdimensioniert, sozial unverträglich und belastend für das gesamte Wohngebiet. Zudem wird die Existenz eines der wertvollsten Biotope in Berlin mit seiner einmaligen Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren gefährdet. Ein Naturschutzgutachten des Bezirks Steglitz-Zehlendorf kommt zu dem Ergebnis, dass die zu bebauende Fläche etwa 160.000 m<sup>2</sup> nicht überschreiten sollte, weniger als die Hälfte als vom Bezirk und dem Investor nun vorgesehen.

Das Gebiet um die ehemalige **Parks Range** ist heute wichtig für Kalt- und Frischluftzufuhr zur Thermometersiedlung und weitere Siedlungen sowie unverzichtbar für die Gesundheit von Jung und Alt in den nördlich gelegenen, dichtbesiedelten Wohngebieten. Dies wird durch die Klimaerwärmung noch erheblich größere Bedeutung für die Bewohner erlangen. Mediziner weisen bereits heute auf eine steigende Zahl vorzeitiger Todesfälle älterer Menschen durch besonders heiße Tage und Nächte hin.

**Parks Range** und Umgebung sind durch die Stadtgrenze, die Anhalter Bahn und den Teltowkanal begrenzt und daher nur über wenige, schon heute stark belastete Straßen erreichbar – zusätzliche Verkehrswege sind nicht möglich und nicht jedem nutzt die S-Bahn, um an sein Ziel zu gelangen. Und auch nicht jeder kann auf das Fahrrad ausweichen. Wer von dort in die Innenstadt hinein will oder muss, z.B. zur Arbeitsstelle, zu Einkaufszentren oder weil er oder sie Dienstleistungen und Freizeitmöglichkeiten nutzen will, wird dies über den Lichterfelder Ring, bzw. die Hildburghäuser Straße, meist jedoch über die Osdorfer Straße und den Ostpreußendamm versuchen. Gerade diese Straße ist zwischen Wismarer- und Morgensternstraße bereits heute einschließlich der Zufahrtsstraßen völlig überlastet. Das Bezirksamt hat über den Investor ein Verkehrsgutachten fertigen lassen, das zu dem Ergebnis kommt, dass mit der Optimierung einiger Ampelschaltungen auch nach Zuzug der rd. 7.000 Menschen der Verkehr besser fließen wird als heute. Weshalb wird dann der Verkehr nicht bereits heute flüssiger gestaltet? Die Verkehrslenkung Berlin weist außerdem darauf hin, dass die Ampeln schon optimiert seien. Wir halten nichts von Gefälligkeitsgutachten, denn das Problem besteht vor allem darin, dass auch Busse und Rettungsfahrzeuge in dem zu erwartenden Verkehrsstau stecken bleiben.

Auch das von dem Investor bestellte Lärmgutachten verniedlicht die zu erwartenden Lärmbelastungen durch den zusätzlichen Autoverkehr und die Lärmreflexionen zur Westseite der Anhalter Bahn hin, die durch die geplante massive Bebauung entlang der Bahn auftreten werden. Diese Bauten sind offensichtlich als Lärmschutz für die im Inneren des Baugebietes geplanten Einfamilienhäuser vorgesehen. In den lauten „Lärmschutzbauregeln“ sollen auch die „preiswerten“ Sozialwohnungen untergebracht werden, bei denen laut Gutachten keine Schlafräume zur Bahn hin liegen und die Fenster nicht zu öffnen sein dürfen. Die Balkone müssen verglast sein ebenso

wie die Zwischenräume zwischen den Wohnblöcken, damit dahinter Ruhe herrscht. Diese großflächigen Verglasungen werden den von den Lärmreflexionen betroffenen Anwohnern, die bereits jetzt unter dem Bahnlärm zu leiden haben, als schallschluckende Gebäudeflächen verkauft. Im Übrigen sei der zusätzliche Lärm „vernachlässigbar“, mit anderen Worten: wenn es ohnehin schon sehr laut ist, spielt ein wenig mehr Lärm auch keine Rolle mehr. Dabei wird dann auch noch wahrheitswidrig behauptet, Güterzüge fahren dort nicht und wurden daher nicht in die Lärmbeurteilung einbezogen. Die Lärmbelastung wird also klein gerechnet, obwohl Lärm krank macht und man sich auch nicht daran gewöhnen kann.

Besonders abwegig ist es, dass die neue Grundschule direkt an der Bahn errichtet werden soll, nach dem Motto „Lärm zu Lärm“. Kinder sollen sich bei Lärm lernend konzentrieren – eigentlich unglaublich. Da sollen nicht zu öffnende Fenster und künstlich belüftete Klassenräume helfen. Der ursprünglich von Architekten vorgesehene zentrale Standort einer neuen Schule an der Gabelung des Landweges und der Réaumurstraße wurde zugunsten „Lärm zu Lärm“ verworfen. Dieser zentrale Standort würde die Kooperation mit der Mercator-Grundschule ebenso erleichtern wie die gemeinsame Nutzung von – möglicherweise zu erweiternden – Sportanlagen am Landweg. Die Vermarktung der geplanten Einfamilienhäuser ist anscheinend wichtiger. Der geplante dezentrale Standort ist nicht nur laut, er hat zusätzlichen Autoverkehr durch die Réaumurstraße zur Folge, da Kinder auch mit dem Auto zur Schule gefahren und dort abgeholt werden.

Wir haben bereits vor 8 Jahren auf die Nutzung der Parks Range in der Nazi-Zeit u.a. durch ein Kriegsgefangenenlager hingewiesen. Erst jetzt beginnt eine Diskussion um die Erinnerungskultur. Die noch bestehenden Bauten sollten für eine angemessene Gedenkstätte genutzt werden.

Wir fordern daher vor allem:

- maximal 1.600 Wohnungen auf 16 ha Bauland, um den Klimaschutz, die Gesundheit aller Bewohner und eine sichere Verkehrserschließung zu gewährleisten,
- Lärmschutz auf beiden Seiten der Bahn,
- Grundschule am zentralen Standort am Landweg nahe der bestehenden Schule,
- Landschafts- und Naturschutz für die südlich des Baugebietes liegende Weidelandschaft,
- Gedenk- und Erinnerungsstätte in einer der noch vorhandenen Baracken.

Wir müssen damit rechnen, dass das Bezirksamt alle berechtigten Bedenken der Anwohner zugunsten der Planungen des Investors „abwägt“ und die Zählgemeinschaft in der BVV dies so beschließt. Der Investor hat in der Vergangenheit großzügige Spenden an alle maßgeblichen Parteien fließen lassen, wobei nur ein Schelm dabei Zusammenhänge sehen würde.

Daher bereiten wir uns auf eine Klage gegen den Bebauungsplan vor, sollte er wie beschrieben festgesetzt werden. Klagebereite Bürgerinnen und Bürger haben bereits für die Kosten des Verfahrens ein Konto eingerichtet, auf das Sie Geld zur Unterstützung überweisen können, das Sie natürlich anteilig zurückerhalten, falls die Kosten niedriger als vorhergesehen sind. Die Kontodaten sind:

**Kontonr.: DE12 2702 0000 1515 8817 69 bei der Volkswagenbank Direkt , Kontoinhaber Christian Frick, Verwendungszweck: Klageunterstützung Aktionsbündnis Lichterfelde**

Wenn Sie an unseren regelmäßigen Treffen teilnehmen wollen, senden Sie uns eine E-mail oder sprechen Sie uns wegen der Termine an:

Christian Frick: [ch.frick@gmx.net](mailto:ch.frick@gmx.net); Tel. 712 25 60,  
Gerhard Niebergall: [gerhard\\_niebergall@web.de](mailto:gerhard_niebergall@web.de); Tel. 75479155,  
Helmut Schmidt: [helmut.max.schmidt@web.de](mailto:helmut.max.schmidt@web.de); Tel. 0151 17608476  
oder informieren Sie sich auf unserer Internetseite:

<https://aktionsbueundnis-lichterfelde-sued.de>